

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von BfB, CDU, FDP und SPD

Planungsausschuss 13. Mai 2024

Alternativantrag zu TOP Ö10: „Wiederaufnahme einer Diskussion um eine weitere Anschlussstelle an der A7“

Der Planungsausschuss möge beschließen:

Der Planungsausschuss der Gemeinde Henstedt-Ulzburg stimmt der Analyse der Verwaltung zur Schaffung einer weiteren Anschlussstelle an der A7 nicht zu.

Vielmehr betont der Ausschuss die herausragende Bedeutung, die ein weiterer Autobahnanschluss z.B. im Raum „Gut Kaden“ für die verkehrliche und wirtschaftliche Entwicklung der Region rund um Henstedt-Ulzburg, Quickborn und Kaltenkirchen hat.

Für Henstedt-Ulzburg ist ein weiterer Autobahnanschluss insbesondere zur wirtschaftlichen und wohnlichen Entwicklung sowie zur Entlastung der innerörtlichen Verkehrssituation unverzichtbar.

Die Bürgermeisterin und die Verwaltung werden daher aufgefordert und beauftragt, das Interesse der Gemeinde Henstedt-Ulzburg an der Schaffung eines weiteren Autobahnanschlusses auch weiterhin zu vertreten und sich für die Schaffung einer derartigen Anbindung einzusetzen.

Begründung:

Insbesondere die Entscheidung der Stadt Norderstedt, weiterhin jeden direkten Autobahnanschluss für Norderstedter Bürger und Unternehmen abzulehnen, führt zu einer spürbaren Überlastung der Anschlussstelle Quickborn sowie des Autobahnzubringers Friedrichsgaber Straße / Kothla-Järve-Straße. Damit hat die Anschlussstelle Quickborn aufgrund der eingeschränkten Nutzbarkeit nur noch eine sehr geringe verkehrliche Erschließungs- und Entlastungswirkung für Henstedt-Ulzburg. Große Teile des von und zur Autobahn insbesondere in Richtung Norden gehenden Verkehrs aus dem Gemeindegebiet fließen damit durch die bereits überlastete Hamburger Straße und führen zu starken Beeinträchtigungen für Anwohner und Verkehrsteilnehmer.

Die Anschlussstelle Henstedt-Ulzburg im Norden des Gemeindegebiets ist gleichzeitig lediglich für die Erschließung des Gewerbegebiets Ulzburg, der nördlichen Ortsteile und des Südens von Kaltenkirchen gut geeignet.

Die Ortsteile Ulzburg-Süd und Rhen sowie ggf. künftig entstehende Gewerbe- und Wohnraumentwicklung westlich von Ulzburg-Süd können verkehrlich damit nicht adäquat angebunden werden.

Es droht daher trotz optimaler Lage der Gemeinde Henstedt-Ulzburg an einer der Hauptverkehrsachsen des Landes eine starke Beschneidung der Entwicklungsmöglichkeiten. Die erfolgreiche Entwicklung von Gewerbe und Wohnraum erfordert eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur, die hier auf einfache Art und Weise geschaffen werden könnte.

Es muss daher Maßstab von Politik und Verwaltung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg sein, sich auch weiterhin engagiert für die verkehrliche Entlastung der Gemeinde und eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur einzusetzen.

FDP-Fraktion
Stephan Holowaty

BfB-Fraktion
Jens Iversen

CDU-Fraktion
Folker Brocks

SPD-Fraktion
Nadine Braasch